

Das digitale Magazin von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

# FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Januar 2023

**60 JAHRE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE  
FREUNDSCHAFT  
MEIN BESUCH IN PARIS  
ZUM 60. JUBILÄUM**

**WAHLRECHTSREFORM  
UNSER PLAN DEN BUNDESTAG  
ZU VERKLEINERN**

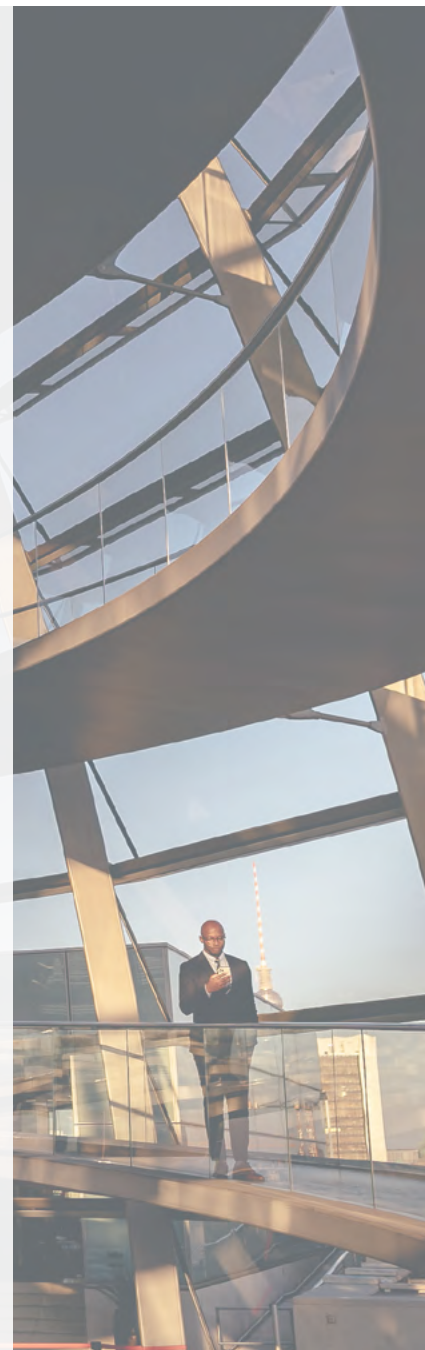
**LAGEBERICHT RASSISMUS  
LAGE IN DEUTSCHLAND UND  
KONKRETE MASSNAHMEN**

1963 - 2023  
**60**  
ANS / JAHRE  
Traité de l'Elysée  
Elysée-Vertrag

# INHALTSVERZEICHNIS

Januar 2023

<b>Editorial</b>	<b>03</b>
<b>Fraktionsklausur der SPD</b> Treffen zur Jahresplanung, Austausch und Weichenstellung	<b>04</b>
<b>Wahlrechtsreform</b> Unser Plan, den Bundestag zu verkleinern	<b>05</b>
<b>Lagebericht Rassismus</b> Lage in Deutschland, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen	<b>08</b>
<b>60 Jahre Deutsch-Französische Freundschaft</b> Mein Besuch in Paris zum 60. Jubiläum	<b>09</b>
<b>Für vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz</b> Das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zu KI	<b>10</b>
<b>Wahl als Sprecher des Netzwerks</b> Ich übernehme mit zwei Genoss*innen die Koordination der Netzwerk Strömung der SPD-Fraktion in Berlin	<b>11</b>
<b>Das digitale Bundesgesetzblatt ist da!</b> Ab jetzt gibt es neue Gesetze und Rechtsverordnungen online	<b>11</b>
<b>Politische Patenschaften für iranische Inhaftierte</b> Mehr Aufmerksamkeit für Gefangene im Iran	<b>12</b>
<b>Schulpatenschaften</b> Projekt Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage	<b>13</b>
<b>Ankündigung Wahlkreistour</b> Im Februar und März bin ich wieder im Wahlkreis unterwegs	<b>14</b>
<b>Reise nach Berlin: Kommen Sie mich besuchen!</b>	<b>15</b>



# 10

**Für vertrauenswürdige  
Künstliche Intelligenz**  
Das Positionspapier der SPD-  
Bundestagsfraktion zu KI

Liebe Leserinnen und Leser,

zu Beginn des neuen Jahres stehen wir vor großen Herausforderungen. Und doch beginnt das Jahr auch mit einer guten Nachricht: Erst vor wenigen Tagen durfte ich in Paris an der Feier anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung des „Elysée-Vertrags“ teilnehmen. Während das deutsch-französische Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert häufig von großen Gegensätzen und sogar Kriegen (die oft genug auch von deutscher Seite ausgingen) geprägt war, ermöglichte - nur wenige Jahre nach den Schrecken des 2. Weltkriegs - der Elysée-Vertrag die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Beziehungen auf kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene. Dieser bilaterale Einigungsprozess diente auch als Motor für die europäische Einigung und den europäischen Integrationsprozess.

Bis heute profitieren unsere beiden Länder davon und zeigen, dass auch bei einst verfeindeten Nationen eine friedliche Zusammenarbeit und Freundschaft möglich sind. Ich finde, dass gerade dieses Jubiläum uns in so schwierigen Zeiten, in denen auf Europas Boden wieder Krieg geführt wird, Hoffnung und Zuversicht geben kann, dass Frieden und Versöhnung möglich sind.

Hier, in meinem regelmäßig erscheinenden Magazin möchte ich auch wieder über das laufende Alltagsgeschäft im Bundestag, kleine und große Themen, sowie Aktivitäten in meinem Frankfurter Wahlkreis berichten. Dabei freue ich mich immer sehr über Ihre Rückmeldungen - [am besten per Email](#).

Viel Spaß beim Lesen!

Mit freundlichen Grüßen,  
Armand Zorn, MdB





Foto: photothek

# FRAKTIONSCLAUSUR DER SPD-FRAKTION

**A**m 12. und 13. Januar 2023 kam die SPD-Bundestagsfraktion zu ihrer Jahresauftaktklausur zusammen. Die Klausur dient der gemeinsamen Jahresplanung, dem Austausch und der Weichenstellung für die anstehenden Herausforderungen.

Wir haben die Fraktionsklausur dafür genutzt gleich [vier Grundsatzpapiere](#) zu beschließen, die unsere Linie für das kommende Jahr festlegen. In den Papieren stellt sich die SPD-Bundestagsfraktion den innen- und außenpolitischen Herausforderungen der Zeitenwende, wir sichern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglichen Aufstiegschancen für junge Menschen.

## **Sozialdemokratie in der Zeitenwende**

Auf das beschlossene Papier "So-

zialdemokratische internationale Politik in der Zeitenwende", das wir auch mit Bundeskanzler Olaf Scholz diskutiert haben, möchte ich besonders eingehen. In Zeiten des brutalen Angriffskriegs Russlands ist es unser Gebot als Sozialdemokrat\*innen fest und solidarisch an der Seite der Ukraine zu stehen. 2022 hat Deutschland die Ukraine bilateral mit über zwölf Milliarden Euro unterstützt. Deutschland unterstützt finanziell, humanitär, militärisch und diplomatisch, damit die Ukraine ihr Territorium und ihre Souveränität erfolgreich verteidigen kann.

Zu einer sozialdemokratischen internationalen Politik gehört auch eine Evaluierung der grundsätzlichen Rolle Deutschlands. Das beinhaltet die Stärkung von Deutschlands Sicherheit und der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Klar ist: Deutschland muss

mehr Verantwortung für Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent in seiner Nachbarschaft übernehmen und dafür die notwendigen Instrumente bereitstellen.

## **Fokus Wahlkreisarbeit**

Zu der Fraktionsklausur gehörten aber auch Gespräche mit den anderen SPD-Bundestagsabgeordneten zu der Gestaltung der Wahlkreisarbeit. Für mich war es besonders interessant zu hören, welche Austauschformate mit Bürgerinnen und Bürgern in anderen Wahlkreisen gut funktionieren. [Meine Wahlkreistour](#), die ich einmal im Quartal in Frankfurt durchführe, fand dabei sehr großen Anklang. Mich hat es gefreut, dass dieses Format auch für andere Abgeordnete ein Modell sein kann.



Foto: Thomas Köhler photothek

# DIE KOMMENDE WAHLRECHTSREFORM

Die letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag haben die Zahl der Abgeordneten stetig vergrößert. Die gesetzlich vorgesehene Größe des Bundestages von 598 Abgeordneten wird seit Jahren immer stärker übertroffen. Seit der Bundestagswahl 2021 hat der Bundestag 736 Mitglieder!

**Unser nationales Parlament ist damit heute um ein knappes Viertel größer als das vom Gesetzgeber definierte Normal.**

Im internationalen Vergleich hat die Bundesrepublik, ein mittelgroßer Staat, eines der größten Parlamente.

Auch wenn diese Entwicklung sich nicht mit völliger Sicherheit fortzuschreiben lässt, erscheint eine weitere Vergrößerung bei künftigen Wahlen durchaus wahrscheinlich. Es gibt Modellrechnungen, die eine Zahl von über 900 Abgeordneten

für realistisch halten. Für die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Parlaments schafft diese Entwicklung eine Reihe von Problemen. Die Kosten sind dabei nicht einmal die größte Sorge.

Deshalb hat die Ampelfraktion im Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir werden das Wahlrecht überarbeiten, um das Anwachsen des Bundestages zu verhindern. Der Bundestag muss effektiv in Richtung der gesetzlichen Regelgröße verkleinert werden. Eine Verzerrung der Sitzverteilung durch unausgeglichene Überhangmandate lehnen wir ab.“

## Warum wächst die Zahl der Bundestagsabgeordneten?

Ursache für das Anwachsen der Abgeordnetenzahl ist die Verbindung von Personenwahl und Verhältniswahl nach dem gültigen Bundeswahlgesetz, die in einem Parteiensystem entstanden ist, das

sich wesentlich von dem heutigen unterscheidet. Das Nebeneinander von Listenwahl und Personenwahl in den Wahlkreisen wurde problematisch, als die Lücke zwischen dem Anteil der gewonnenen Direktmandate einer Partei und ihrem Zweitstimmenergebnis bei der Listenwahl immer größer wurde, nicht zuletzt auch infolge der abnehmenden Stärke der großen Parteien. Gewinnt eine Partei in einem Land mehr Wahlkreismandate, als die Partei nach Zweitstimmen Sitze für dieses Land errungen hat, entstehen nach heute geltendem Recht „Überhangmandate“. Diese Überhangmandate verzerren das Zweitstimmenverhältnis der Parteien zueinander. Zur Wiederherstellung des Kräfteverhältnisses der Parteien müssen Überhangmandate durch „Ausgleichsmandate“ bei anderen Parteien kompensiert werden. Diese Ausgleichsmandate wiederum erhöhen die Gesamtsitzzahl des Bundestages erheblich.



Die sechs größten Parlamente im Vergleich

## Was ändert sich durch die geplante Wahlrechtsreform?

Um eine Verkleinerung des Deutschen Bundestages zu erreichen, hat die Regierungskoalition nun einen Gesetzesentwurf beschlossen, der das vom Bundesverfassungsgericht als „Grundcharakter“ anerkannte Prinzip der Verhältniswahl zur alleinigen Grundlage hat. Überhang- und Ausgleichsmandate wird es zukünftig nicht mehr geben. Es bleibt bei der bisherigen Zahl von 299 Wahlkreisen. Es müssen also keine Wahlkreise neu zugeschnitten werden.

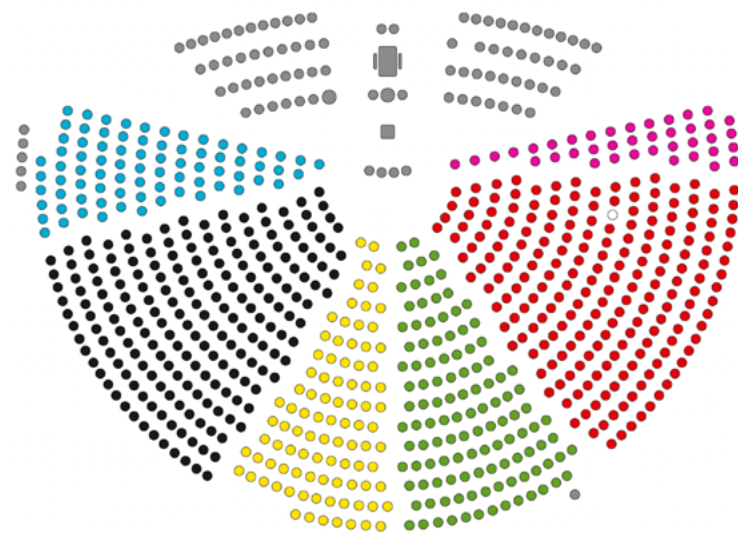
Es wird zukünftig auch weiterhin zwei Stimmen geben. Die bisherige **Zweitstimme** wird **„Hauptstimme“** und die **Erststimme** **„Wahlkreisstimme“** heißen. Eine **dritte Stimme (Ersatzstimme)**, über die einmal bei den Überlegungen zur Wahlrechtsreform öffentlich nachgedacht wurde, wird es nicht geben.

Die Hauptstimme allein wird für die Verteilung der 598 Sitze des Bundestages maßgeblich sein. Deshalb soll sie auf dem Stimmzettel an erster Stelle stehen. Mit der Hauptstimme werden die Landeslisten der Parteien gewählt und mit der Wahlkreisstimme wird über die jeweiligen Kandidat\*innen in den 299 Wahlkreisen abgestimmt. Allein die mit der Hauptstimme gewählten Stimmenanteile der Parteien sind für das Kräfteverhältnis der Parteien im Parlament ausschlaggebend. Damit dieses Kräfteverhältnis nicht mehr durch Überhangmandate verfälscht und durch Ausgleichsmandate wiederhergestellt werden muss, werden zukünftig nur noch die Sitze vergeben, welche den Parteien nach ihrem Hauptstimmenergebnis zustehen. Das nennt sich das **Prinzip der „Hauptstimmendeckung“**; es ist die Grundlage für den Ausschluss von Überhang- und Ausgleichsmandaten.

736 Sitze

Die Sitze verteilen sich wie folgt:

● SPD	206
● CDU/CSU	197
● Bündnis 90/Die Grünen	118
● FDP	92
● AfD	78
● Die Linke	39
● fraktionslos	6



Sitzverteilung des 20. Deutschen Bundestages ([Bundestag.de](http://Bundestag.de))

## Wie funktioniert das Prinzip der Hauptstimmendeckung?

Die 598 Sitze werden an die Parteien nach deren Hauptstimmenergebnis bundesweit verteilt (Oberverteilung). Parteien, die nicht mindestens 5 % der Stimmen bundesweit erhalten haben, nehmen nicht an der Verteilung teil, es sei denn, sie haben in mindestens drei Wahlkreisen die meisten Wahlkreisstimmen erhalten. Basierend auf dem Wahlergebnis von 2021 wären das bspw. 168 Sitze für die SPD, 158 für CDU/CSU und 96 für die Grünen (aktuell nach dem geltenden Wahlrecht hat die SPD 206, CDU/CSU 197 und die Grünen 118 Abgeordnete).

Die zunächst bundesweit an die Parteien verteilten Sitze werden nun anhand ihres Hauptstimmenergebnisses auf die Landeslisten aller Parteien verteilt (Unterverteilung); nach dem Wahlergebnis von 2021 wären das bspw. 13 Bundestagssitze für die hessische SPD. Für diese Verteilung auf die Landeslisten werden die „Wahlkreisgewinner\*innen“ einer Partei in der Reihenfolge ihres Stimmenanteils gereiht. Also diejenigen, die in ihrem Wahlkreis die (relativ) meisten Stimmen gewonnen haben. Je höher der Prozentanteil der „Wahlkreisstimmen“ (bisher Erststimme genannt) eines/einer Kandidaten/in ist, umso höher steht er/sie in dieser Rangliste. In dieser Reihenfolge

werden die durch ihre Partei gemäß ihres Hauptstimmenergebnis im betreffenden Land errungenen Sitze zunächst an die Wahlkreis kandidat\*innen vergeben. Sind mehr Sitze der Partei zu vergeben, als Wahlkreis kandidierende der Partei im Land erfolgreich waren, werden die verbleibenden Sitze an die Kandidierenden der Landesliste der Partei in der dort festgelegten Reihenfolge vergeben.

Die Wahlkreis kandidat\*innen, welche eine (relative) Mehrheit der Stimmen in ihren Wahlkreisen erreichen, stellen somit das vorrangige Reservoir für die Besetzung der Sitze dar, die einer Partei nach ihrem Hauptstimmenanteil zustehen. Erreicht ein Wahlkreis kandidat eine relative Mehrheit in seinem Wahlkreis, aber insgesamt in der Reihung der Wahlkreisgewinner nur einen Platz, der von der Zahl der Sitze, die der Landesliste zustehen, nicht gedeckt ist (fehlende Hauptstimmendeckung), so wird das Wahlkreismandat nicht vergeben. Die erfolgreiche Kandidatur im Wahlkreis setzt also künftig neben der relativen Mehrheit eine Deckung durch Hauptstimmen voraus, m.a.W. es ist also zukünftig durchaus möglich, dass ein\*e Kandidat\*in zwar die (relativ) meisten Stimmen in seinem / ihrem Wahlkreis bekommt, aber dennoch nicht in den Bundestag einzieht, weil seine/ihre Partei insgesamt zu wenig Hauptstimmen erhielt.

## Gibt es Ausnahmen?

Entsprechend den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts können auch weiterhin unabhängige Kandidierende an der Bundestagswahl teilnehmen, die keiner Partei angehören. Dies ist eine notwendige Ausnahme im sonst durchgängig geltenden System der Verhältniswahl, da diese nicht von den Hauptstimmen einer Partei gedeckt sein können.

Die Sperrklausel von 5% bleibt weiterhin bestehen. Allerdings gilt auch weiterhin, dass Parteien, die an dieser „5%-Hürde“ scheitern, in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen, wenn sie drei Wahlkreise gewinnen.

Dies sind die beiden einzigen Ausnahmen vom sonst konsequent umgesetzten Verhältniswahlprinzip.

## Ist es zulässig, dass Wahlkreise keine direkt gewählten Abgeordneten haben?

Haben mehr Kandidierende einer Partei in einem Land die meisten Wahlkreisstimmen errungen als für die Partei Sitze im betreffenden Land zur Verfügung stehen, wird in Wahlkreisen, in denen Wahlkreiskandidierende nach dem Verfahren der Hauptstimmendeckung keinen Sitz erhalten konnten, kein\*e direkt gewählte\*r Abgeordnete\*r bestimmt. Die grundsätzlich gewünschte Repräsentation der Wahlkreise bleibt aber

auch in diesem Fall wahrscheinlich, weil typischerweise mehrere Abgeordnete aus einem Wahlkreis kommen, auch wenn diese nicht über die Wahlkreisstimme gewählt sind.

Es gibt aus verfassungsrechtlicher Sicht keine institutionelle Garantie der ausnahmslosen Repräsentation aller Wahlkreise nach relativer Mehrheitswahl. Der Grundcharakter der Wahl ist eine Verhältniswahl. Dies wird auch im aktuellen Wahlrecht deutlich: Scheiden heute direkt gewählte Abgeordnete aus dem Bundestag aus, werden die frei gewordenen Sitze aus der Landesliste der Partei nachbesetzt, für die die gewählten Kandidierenden oder ausgeschiedenen Abgeordneten bei der Wahl angetreten sind.

## Weshalb enthält der Gesetzentwurf keine Regelungen zur paritätischen Besetzung und zur Senkung des Wahlalters auf 16?

In der Wahlrechtskommission wurde die paritätische Besetzung des Bundestages mit Frauen und Männern diskutiert. Es konnte dort jedoch bisher kein Modell mehrheitlich beschlossen werden, welches die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung sicher ausschließt. Aus diesem Grund enthält der Gesetzentwurf hierzu keine Regelung.

Auch für die Absenkung des Wahlalters für die Bundestagswahl auf 16 Jahre sowie auch für die Änderung der Dauer der Legislaturperiode

muss das Grundgesetz geändert werden, was eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat erfordert. Von Seiten der CDU/CSU, die dies deshalb mittragen müsste, besteht derzeit keine Bereitschaft zu einer solchen Änderung.

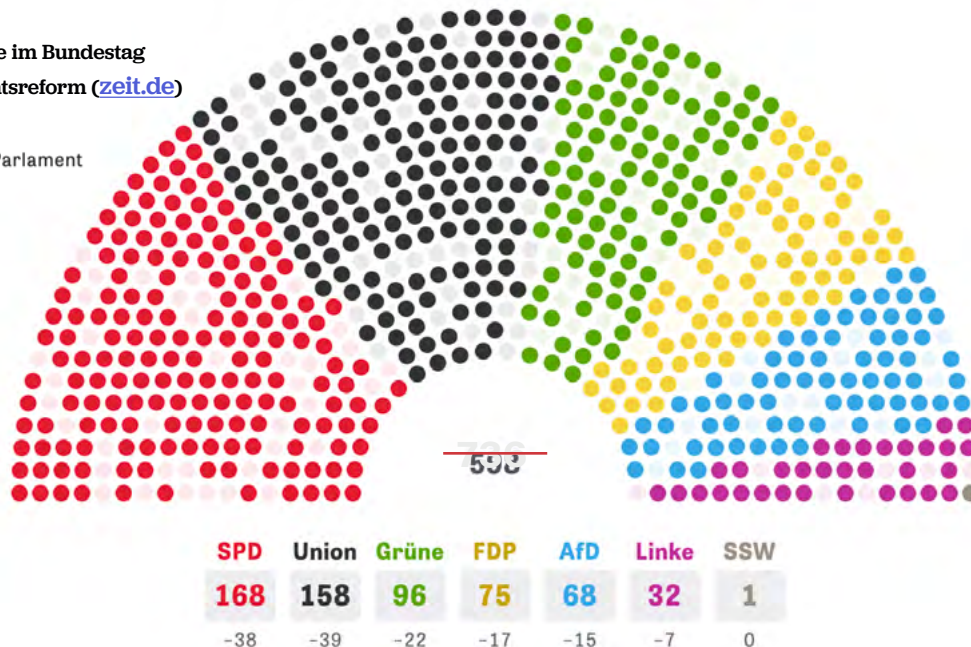
## Wie ist der Zeitplan für die Verabschiedung der Wahlrechtsreform?

Diese Wahlrechtsreform soll noch in der ersten Jahreshälfte 2023 verabschiedet werden, so dass sie bei der nächsten Bundestagswahl 2025 zum ersten Mal zur Anwendung kommt. Das Gesetz benötigt keine Zustimmung des Bundesrats, kann also alleine durch die Koalitionsmehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen werden.

Ich halte diese Reform für sehr sinnvoll und glaube, dass hier eine gute Lösung gefunden wurde, die zum einen garantiert, dass der Bundestag zukünftig nicht mehr als 598 Abgeordnete hat und gleichzeitig jede Partei genau so viele Sitze bekommt wie ihr nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen (strikte Orientierung am Prinzip des Verhältniswahlrechts). Es gibt zukünftig keine Überhangmandate mehr und somit auch keine Ausgleichsmandate. Damit wird auch die bisherige Privilegierung der CSU beendet, die aktuell durch drei unausgeglichene Überhangmandate bevorteilt wird, welche das Wahlergebnis verfälschen.

Verteilung der Sitze im Bundestag nach der Wahlrechtsreform ([zeit.de](http://zeit.de))

● Wäre nicht im Parlament



# LAGEBERICHT RASSISMUS



Der Lagebericht Rassismus in Deutschland wurde von der Integrations- und Antirassismusbeauftragten der Bundesregierung **Reem Alabali-Radovan** (links) vorgestellt. In dem Bericht wird das komplexe Phänomen Rassismus umfassend analysiert. Im Bericht werden die Ausgangslage in Deutschland beschrieben, verschiedene Handlungsfelder aufgezeigt und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus vorgestellt.

Rassismus ist sowohl politisch als auch gesellschaftlich mehr in den Fokus gerückt. Rechtsterroristische Morde in Halle, Hanau, die NSU-Morde sowie der Mord des Kasslers Regierungspräsidenten Walter Lübcke haben Rassismus in das Bewusstsein gerückt. Rassistisch motivierte Gewalttaten sind ein Teil des Phänomens. Rassismus hat viele Erscheinungsformen von Vorurteilen, Ausgrenzung, Diskriminierung bis hin zu Hasskriminalität. Der Bericht zeigt auf: Rassismus hat strukturelle Auswirkungen in nahezu allen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeit und Gesundheit. Das macht deutlich, dass viele Menschen in alltäglichen Situationen Rassismus erfahren.

Bei der Bekämpfung von Rassismus ist es notwendig, die Perspektive von Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen. Hierzu werden niedrigschwellige Beratungen in Migrationsorganisationen gefördert, flächendeckend Beratungsstrukturen ausgebaut, Opferinitiativen gestärkt sowie ein Expertenrat Antirassismus gegründet.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen sind im Bundeshaushalt 2023 bereits 10 Millionen Euro eingestellt.

[Hier](#) geht es zum Lagebericht Rassismus Rassismus in Deutschland.





# 60 JAHRE DEUTSCH-FRANZÖSISCHER FREUNDSCHAFTSVERTRAG

**A**nlässlich des 60. Jahrestags des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages war ich diesen Monat zusammen mit anderen Abgeordneten des Deutschen Bundestags in Paris. In einem Festakt an der Sorbonne Universität und einer gemeinsamen Sitzung der beiden Parlamente haben wir die Bedeutung einer engen Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich betont und unseren Willen zu einer noch stärkeren Zusammenarbeit erklärt.

## Aus Feinden werden Freunde

Am 22. Januar 1963 wurde im Élysée-Palast in Paris der deutsch-französische Freundschaftsvertrag unterschrieben. Damit legten der französische Präsident Charles de Gaulle und der deutsche Kanzler Konrad Adenauer den Grundstein für die Versöhnung der beiden Länder, die sich vorher in zwei

Weltkriegen gegenüberstanden. In den folgenden Jahrzehnten wurde die Zusammenarbeit immer weiter intensiviert, vor allem in den Bereichen der Verteidigungs-, Außen- und Europapolitik. Zudem wurden zahlreiche Austauschprogramme für deutsche und französische Jugendliche geschaffen.

Mit dem Vertrag von Aachen wurde 2019 die Kooperation der beiden Länder noch einmal verstärkt. In der Folge wurde unter anderem die deutsch-französische Parlamentarische Versammlung ins Leben gerufen, die aus französischen Abgeordneten der Assemblée nationale und deutschen Bundestagsabgeordneten besteht und der ich auch angehöre. In diesem Rahmen treffen wir uns jedes Jahr einmal in Paris und einmal in Berlin, um über die deutsch-französischen Beziehungen zu beraten.

## Wendepunkt & „ever closer union“

Auf dem Weg zu einer „ever closer union“, also einer immer engeren Gemeinschaft mit den anderen Mitgliedsstaaten der EU, spielt die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich eine zentrale Rolle. Bei den Bemühungen diese auf die nächste Ebene zu bringen, stehen wir gerade an einem Wendepunkt. Bei einer immer engeren Integration gibt es bei einigen Themen Konflikte zwischen unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen. Das ist natürlich und ein wichtiger Teil des Prozesses. Die Konflikte gilt es in zum Teil intensiven Debatten zu lösen und so zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.

Bei all diesen Anstrengungen ist die Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich als Motor der europäischen Integration zentral. Ich bin überzeugt, dass wir im gemeinsamen Dialog zu einer tieferen Zusammenarbeit kommen werden.



# FÜR VERTRAUENSWÜRDIGE KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

**D**ie SPD-Bundestagsfraktion hat am 17. Januar 2023 eine einheitliche Position zur anstehenden Regulierung der Künstlichen Intelligenz (KI) festgelegt. Gemeinsam mit meinem Kollegen Parsa Marvi habe ich die Positionierung entwickelt und in der Fraktion durchgesetzt. Der Kontext dieser Initiative ist, dass die Europäische Union zurzeit an einer Regulierung für KI arbeitet.

## **Die Regulierung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.**

Mit der KI-Regulierung setzen wir auf vertrauenswürdige KI. Wir können damit nicht nur Grund- und Persönlichkeitsrechte schützen, sondern stärken außerdem Innovationen und unseren Wirtschaftsstandort. Es ist aber zentral, dass dabei in der Anwendung von KI-Systemen keine Grenzen überschritten werden. Europa muss klar machen: Kein Social Scoring, kein Predictive Policing und keine biometrische Erkennung im öffentlichen Raum. Damit unterscheidet sich unser europäischer Weg im

Umgang mit Künstlicher Intelligenz deutlich von den großen Playern USA und China. Und das ist gut so.

Allerdings ist auch klar, dass an entscheidenden Punkten noch nachgebessert werden muss.

Auf EU-Ebene wurde der ursprüngliche Vorschlag an wichtigen Stellen verwässert. Die geplante Einschränkung des Hoch-Risiko-Bereichs und eine eng-gefasste KI-Definition werden den AI Act schnell wirkungslos machen. Mich freut daher, dass die SPD-Bundestagsfraktion sich einstimmig zu einer fairen und effektiven Regulierung bekannt hat. Als zuständiger Berichterstatter werde ich mich aktiv dafür einsetzen, dass in den kommenden Verhandlungen noch nachjustiert wird.

## **Die Entwicklungen zur KI-Regulierung sind auch für Hessen hochrelevant.**

Die KI-Regulierung umfasst auch Vorgaben für den Einsatz von KI in der Polizeiarbeit. Damit würden die Re-

geln auch bei der hessischen Polizei greifen, die aktuell in ihrer Arbeit die umstrittene KI-Software Gotham verwendet. Um bessere Vorhersagen zu zukünftigem Tatgeschehen machen zu können, sucht die Software in Datenbanken nach verdächtigen Anhaltspunkten und stellt Verknüpfungen her, die auf eine Straftat hindeuten könnten. Der Fall ist gerade vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, da u.a. die Gesellschaft für Freiheitsrechte gegen die Nutzung der Software in der Polizeiarbeit geklagt hatte. Diese sogenannten Predictive Policing Systeme können zwar die Polizeiarbeit unterstützen, allerdings ist die Gefahr der Diskriminierung meiner Meinung nach bei weitem zu hoch. Bei Verwendung von personen- und ortsbezogenen Daten führt der Einsatz von Predictive Policing Systemen oft zu Benachteiligung marginalisierter Gruppen und zur Verstärkung von Vorurteilen. Ich setze mich daher dafür ein, dass der Einsatz dieser Systeme in der Polizeiarbeit verboten wird.



# WAHL ALS SPRECHER DES NETZWERKS

**M**eine Kolleginnen und Kollegen haben mich zum Co-Sprecher des [Netzwerks Berlin](#) gewählt. Gemeinsam mit Dorothee Martin und Markus Töns darf ich zukünftig die Arbeit und den Austausch innerhalb dieser großartigen Strömung organisieren und koordinieren.

## Was ist das Netzwerk Berlin?

Das Netzwerk Berlin ist eine der drei Strömungen innerhalb der SPD-Bun-

destagsfraktion. Wir sind eine Gruppe progressiver Abgeordneter und verstehen uns als parlamentarische Ideenwerkstatt, in der gesellschaftspolitische Themen diskutiert und konkrete politische Reformen formuliert werden. Dabei ist ein reger Austausch mit außerparlamentarischen Stakeholdern aus der Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kultur ein fester Bestandteil unseres Politikstils.

## Wer sind die Mitglieder?

1999 gegründet, besteht das Netzwerk heute aus ca. 50 Abgeordneten aus der gesamten Republik. Dabei sind wir eine vielfältige Gruppe bestehend aus Bundestagsabgeordneten aus den alten und neuen Bundesländern, urbanen und ländlichen Regionen sowie neu gewählten und erfahrenen Abgeordneten. Uns alle eint der Anspruch offen ohne Denkverbote eine lebensnahe und pragmatische Politik zu gestalten.

# DAS DIGITALE BUNDESGESETZBLATT

**S**eit dem 1. Januar ist Schluss mit dem gedruckten Bundesgesetzblatt. Auf der Plattform [recht.bund.de](http://recht.bund.de) sind jetzt alle neuen Gesetze und Rechtsverordnungen online abrufbar.

Damit schaffen wir einen erleichterten und kostenlosen Zugang zu neuen Gesetzestexten und sparen nebenbei Ressourcen: So kann jedes Jahr ein Papierhaufen mit einer Höhe von bis zu 2,5 Kilometern eingespart werden – das sind mehr als sieben „Ginnheimer Spargel“ übereinander genommen.

Bislang mussten nach Vorgabe des Grundgesetzes Bundesverordnungen und Gesetze im gedruckten Bundesgesetzblatt verkündet werden, um in Kraft zu treten. Durch eine Grundgesetzänderung ist das jetzt auch digital möglich. Mit elektronischen Signaturen wird gleichzeitig die Echtheit der online-abrufbaren Dokumente gesichert.

Das neue E-Bundesgesetzblatt ist ein gutes Beispiel, wie die Ampel-Koalition unseren Staat digitaler und für Alle transparenter macht. Und wir wollen noch Einiges voranbringen, denn die Digitalisierung unserer Verwaltung hat gerade erst begonnen.





# POLITISCHE PATENSCHAFT FÜR IRANISCHE INHAFTIERTE

Die Ereignisse im Iran erschüttern uns alle. Seit Monaten demonstrieren die mutigen Bürgerinnen und Bürger gegen die iranische Diktatur und riskieren damit Verletzungen, Inhaftierung und in den schlimmsten Fällen sogar den Tod. Die Bundesregierung und die Europäische Union haben daher erhebliche Sanktionen gegen das iranische Regime vorgenommen. So wurden beispielsweise insgesamt 100 Personen in die EU-Sanktionsliste aufgenommen, darunter Mitglieder der Revolutionsgarden.

Als deutscher Parlamentarier wollte ich mich zusätzlich engagieren und habe daher politische Patenschaften für vier Iraner:innen übernommen, die zu Unrecht inhaftiert wurden. Zwar sind die Patenschaften selbst eher von symbolischer Natur, aber sie können auch reale Wirkung ent-

fallen. Politische Patenschaften lenken mehr Aufmerksamkeit auf die Fälle einzelner Betroffener und zeigen somit klar und deutlich mit welcher Willkür das iranische Regime agiert. Der Politikwissenschaftler Ali Fathollah-Nejad erklärte gegenüber dem ZDF, dass besonders die Skandalisierung, die durch politische Patenschaften betrieben wird, einen Imageverlust für das Regime verursache. Wenn wir deutsche Abgeordnete uns solidarisieren, sendet das ein politisches Signal nach Teheran, kann internationalen Druck ausüben und bei den zuständigen Stellen für Transparenz sorgen.

Eine politische Patenschaft, die ich übernommen habe, ist für Mohammad Ali Kamfirouzi. Kamfirouzi ist ein bekannter Anwalt, der zuletzt die beiden Journalistinnen Nilofar Hammedi und Elahe Mohammadi vertrat. Die beiden hatten den Fall von Jina

Mahsa Amini veröffentlicht und sind seitdem in Haft. Ihnen wird Spionage vorgeworfen. Kamfirouzi selbst wurde am 14. Dezember inhaftiert - Berichten zufolge während er im Justizamt von Teheran war, um an den Fall der beiden Journalistinnen zu arbeiten. Ich habe mich sehr gefreut, dass Kamfirouzi Mitte Januar auf Kautions aus dem Gefängnis entlassen wurde.

Im Iran werden aktuell immer mehr Anwälte inhaftiert. Somit schwindet auch die Zahl derer, die die politischen Gefangenen verteidigen können. Daher ist es besonders wichtig, dass Menschen wie Kamfirouzi freigelassen werden.

An dieser Stelle möchte ich **Daniela Sepehri** und **Mariam Claren** ganz besonders für die Vermittlung der politischen Patenschaften danken.

# SCHULPATENSCHAFTEN



**A**nfang Januar habe ich die Patenschaft für das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ an der **Ludwig-Erhard Schule** und dem **Friedrich-Desauer Gymnasium** übernommen.

Die beiden Schulen wurden dabei in ein deutschlandweites Netzwerk von Schulen aufgenommen, die sich aktiv gegen Ausgrenzung einsetzen wollen. Schüler\*innen sollen ermutigt werden selber aktiv zu werden. Beispielsweise werden Aktionstage oder Antirassismus-Workshops organisiert. Das Netzwerk stellt ihnen dafür Ressourcen zur Verfügung.

Es geht nicht darum zu behaupten

die Schulen seien frei von Rassismus. Das stimmt nicht. Wie in unserer ganzen Gesellschaft sind Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit auch in der Schule Alltag. Der Titel „Schule ohne Rassismus“ ist auch nicht als Auszeichnung zu sehen, sondern viel mehr als Auftrag. Es geht darum ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen und aufzuklären.

Schulen sind hierfür ein sehr wichtiger Ansatzpunkt. Für viele ist die eigene Schulzeit eine besonders prägende Zeit. Es ist die Zeit, in der man fundamentale Werte und Lebenseinstellungen mit auf den Weg bekommt, ob in oder außerhalb der Schule. Wenn wir hier ansetzen und

den nächsten Generationen wichtige Grundwerte, wie Antirassismus und Toleranz, auf den Weg geben, können wir hier langfristig etwas verändern.

Besonders gefreut hat mich, dass Serpil Unvar dabei war. Ihr Sohn Ferhart wurde 2019 bei dem Terroranschlag in Hanau getötet. Seitdem bildet sie mit ihrer Bildungsinitiative Ferhart Unvar eine Anlaufstelle für Eltern und Kinder, die Rassismus im Alltag oder in der Schule erlebt haben.

Ich freue mich als Pate die beiden Schulen begleiten zu dürfen und habe versprochen: Ich werde wiederkommen!



# Armand Zorn

## on tour

**Bürger:innen  
Dialog vor Ort  
Frühjahr 2023**



## TERMINE

**D**er Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises ist mir sehr wichtig. Deshalb mache ich auch außerhalb von Wahlkampfzeiten regelmäßig Infostände in allen Stadtteilen meines Wahlkreises, bei denen ihr mich persönlich kennenlernen und mit mir ins Gespräch kommen könnt.

Erste „Wahlkreistouren“ habe ich letztes Jahr schon gemacht. Es kam dabei zu einer ganzen Reihe interessanter Gespräche und Kontakte.

Im Februar und März bin ich wieder unterwegs in unserem Wahlkreis. Hier kann man mich im Februar treffen und mit mir ins Gespräch kommen; die Termine stehen auch auf [meiner Homepage](#).



Bockenheim	<b>28.01.23 11-14 Uhr</b>
Zeilsheim	<b>11.02.23 9-13 Uhr</b>
Bockenheim	<b>11.02.23 11-14 Uhr</b>
Zeilsheim	<b>18.02.23 9-13 Uhr</b>
Bockenheim	<b>18.02.23 11-14 Uhr</b>
Zeilsheim	<b>25.02.23 9-13 Uhr</b>
Griesheim	<b>25.02.23 15-17 Uhr</b>
Rödelheim	<b>04.03.23 10-13 Uhr</b>
Rödelheim	<b>25.03.23 10-11 Uhr</b>
Griesheim	<b>25.03.23 15-17 Uhr</b>

Leipziger Str.9
West-Höchster Straße 50 (Aldi)
Leipziger Str. 88
Pfaffenwiese/Bechtenwaldstraße (Rewe)
Leipziger Str. 9
West-Höchster Straße 50 (Aldi)
Omegabrücke (Penny)
Ecke Radilostraße/Lorscher Straße
Ecke Radilostraße/Lorscher Straße
Omegabrücke (Penny)

# REISE NACH BERLIN



**Z**wei bis dreimal im Jahr können Bundestagsabgeordnete interessierte Bürgerinnen und Bürger aus ihrem Wahlkreis zu einer politischen Informationsfahrt nach Berlin einladen.

## Worum geht es?

Alle Teilnehmer\*innen fahren gemeinsam mit dem Zug nach Berlin. Dort gibt es ein interessantes 3tägiges politisches Informationsprogramm, z.B. Besuch eines Bundesministeriums, Besichtigung historischer Gedenkstätten in Berlin oder Museumsbesuch sowie ein Besuch im Reichstag mit einem Gespräch mit dem Wahlkreisabgeordneten. Die Teilnahme an diesen Programmpunkten ist verbindlich; es ist also keine Erholungsreise, sondern diese Fahrt dient ausschließlich der politischen Bildung.

Organisiert und bezahlt wird die Reise vom Bundespresseamt (BPA); es entstehen also keine Kosten für die Teilnehmer/innen (außer ca. 20 - 30 Euro für Trinkgelder und Eintrittskarten, die nicht vom BPA übernommen werden).

Inbegriffen sind eine Zugfahrt nach Berlin ab Frankfurt Hbf, 3 Übernachtungen in einem Hotel in Berlin mit Verpflegung sowie das Informationsprogramm in Berlin mit Besichtigun-

gen und Gesprächen. Auch wenn die Teilnahme am offiziellen Programm verbindlich ist, bleibt i.d.R. auch noch etwas freie Zeit für private Aktivitäten in Berlin. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Mindestalter für die Teilnahme ist 18 Jahre. Bescheinigungen für einen Bildungsurlaub gibt es dafür nicht, denn in Hessen sind diese Fahrten nicht als offizieller Bildungsurlaub anerkannt.

**Für die nächste Reise vom 24. bis 27. April 2023 sind noch einige Plätze frei.** Wer (aus meinem Frankfurter Wahlkreis) Interesse an einer Teilnahme im April hat, kann dafür mein Wahlkreisbüro in Frankfurt kontaktieren:

[armand.zorn.wk@bundestag.de](mailto:armand.zorn.wk@bundestag.de)

Tel. 069 - 299 888 630.

Da die Unterbringung ausschließlich in Doppelzimmern erfolgt, sind keine Einzelanmeldungen möglich. Die Anmeldung ist verbindlich; bei kurzfristiger Absage entstehen Stornokosten! Wenn mehr Anmeldungen eingehen als Plätze zur Verfügung stehen, gehen wir nach der Reihenfolge des Eingangs.

Ich freue mich darauf, einige von Ihnen/Euch im April in Berlin begrüßen zu können!



“ Liebe Grüße aus  
Berlin und bis zum  
nächsten Monat!



## IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 - 227 73895

Email: [armand.zorn@bundestag.de](mailto:armand.zorn@bundestag.de)  
Web: <https://www.armandzorn.de/>  
Bildnachweise: falls nicht extra er-  
wähnt: privat, unsplash, Moritz Erdt

Erscheinungsjahr: 2023

Armand Zorn im Web

